

## EDITORIAL

20–20–20 bis 2020: So möchte man in der EU den energiepolitischen Rhythmus für den Umstieg in eine neue Energie-Ära – jenseits des fossilen Zeitalters – schlagen: 20 Prozent weniger schädliche Emissionen, 20 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen, 20 Prozent weniger Energieverbrauch. Und das alles bis 2020. So beschlossen es die Regierenden im Europäischen Rat anno 2007. In der Richtlinie über Erneuerbare Energien bekamen dann alle ihr Aufgabenheft nach Hause geschickt: Es galt, nationale Aktionspläne zu entwickeln, um die Gesamtziele zu erreichen. Florian Ermacora schildert in seinem einleitenden Beitrag zum Thema dieser RAUM-Nummer den Status der Umsetzung dieser Aktionspläne und auch die Hindernisse, die die Umsetzung erschweren, nämlich administrative Hürden in den Planungs- und Genehmigungsverfahren und zu wenig Abstimmung unter den nationalen Förderpolitiken, um das notwendige Investitionsvolumen zu induzieren.

Eine prominente Rolle kommt beim Umstieg von fossiler zu erneuerbarer Energie aber auch den Regionen zu, die Energiewende hat auch eine regionale Dimension. Wollen wir uns von der Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas lösen, müssen wir uns auf die dezentralen Energiepotenziale konzentrieren, betont Ursula Mollay. Und die liegen nun mal in den Regionen, in unterschiedlicher Ausprägung. Die Nutzung dieser Potenziale kann auch – im Gegensatz zu importierter Energie – den regionalökonomischen Kreisläufen einen An Schub geben. Voraussetzung dafür ist aber die nötige Infrastruktur, im Besonderen jene Netzinfrastruk-

tur, die ein intelligentes Management von dezentraler Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie ermöglicht, fügt Elvira Lutter dem hinzu. In Eberstallzell wurde heuer dazu das erste „smarte“ Ortsnetz als Pilotprojekt eröffnet.

Die Ergebnisse einer flächendeckenden Analyse der regionalen Potenziale erneuerbarer Energie auf Bezirksebene resümieren Gregori Stanzer und Stephanie Novak in ihrem Beitrag. In der Stromerzeugung zeigt die Potenzialschätzung, dass mit Ausnahme von Wien und der Steiermark eine Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien in allen Bundesländern rechnerisch erreichbar erscheint. Der Wärmebedarf hingegen übersteigt das erreichbare Produktionspotenzial deutlich. Hier bleibt die Maxime, den Bedarf an Raumwärme – etwa durch intensive thermische Sanierung – zu reduzieren.

Die räumliche Dimension der Energiewende zeigt sich aber auch in der Rolle, die Siedlungsstrukturen als Nachfragefaktor für Energie spielen. Verdichtete Siedlungsformen ermöglichen eine effizientere Energieversorgung und wecken auch in der Mobilität weniger Energiebedarf. Die zu erwartende Steigerung der Energiepreise wird aber die Haushalte in zersiedelten Wohnformen im urbanen Speckgürtel ganz dramatisch treffen, rechnet Michael Cerveny vor. Um solchem Unbill vorzubeugen, gibt der Energieausweis für Siedlungen, entwickelt vom Raumplaner Hans Emrich, den Planern ein – bisher leider noch wenig genutztes – Werkzeug in die Hand.

Lesen Sie dazu und vieles mehr im RAUM 84.

Johannes Steiner

---

Verwaltung

## Bezirksfusion in der Steiermark

■ Die Verwaltungsreform in der Steiermark zeigt erste Auswirkungen auf die räumliche Gliederung des Landes. Mit 1. Jänner 2012 wird es in der Steiermark nur noch 16 statt bisher 17 Bezirke geben. Der steirische Landtag beschloss im Oktober mit dem Bezirksbehörden-Reorganisationsgesetz die Zusammenlegung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zur neuen Verwaltungseinheit „Murta!“. Die Bezirkshauptmannschaft Knittelfeld wird als Außenstelle in die BH Judenburg integriert, darüber hinaus wird die Expositur Bad Aussee zu einer Außenstelle der BH Liezen. Die Fusion der Bezirke zieht auch eine Zusammenlegung der bezirksweise organisierten Bezirksfeuerwehrverbände, Sozialhilfverbände, Be-

---

die Zusammenlegung